

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

meine Berliner-Woche begann gleichmal mit Sonnenschein und vielen jungen Leuten aus meinem Wahlkreis. Diese sind meiner Einladung in unser politisches Berlin gefolgt und verbrachten von Montag bis Donnerstag ereignisreiche Tage hier.



Natürlich hat mein Team und ich es uns nicht nehmen lassen die Gruppe persönlich am Hauptbahnhof in Empfang zu nehmen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen hatte ich spontan die Möglichkeit mit den jungen Erwachsenen entlang der Spree bis zum Brandenburger Tor zu laufen. So entwickelten sich immer wieder kleine Gespräche, die mir bei meinem Besuchergruppen immer sehr wichtig sind.



Für die Gruppe wartete die Hauptstadt mit einem abwechslungsreichen Programm für die Tage auf. Angefangen mit einer Führung durch die Gedenkstätten Hohenschönhausen und zum Deutschen Widerstand, über Gespräche im Bundesministerium der Verteidigung und beim Bundesnachrichtendienst bis zum Besuch des Deutschen Bundestages.



Neben der obligatorischen Teilnahme an einer Plenarsitzung freute ich mich darüber, dass ich den Teilnehmenden meinen Arbeitsplatz hier in Berlin persönlich zeigen konnte.



Selbstverständlich tauschten wir uns auch über aktuelle Fragestellungen wie Flüchtlinge, Freihandelsabkommen und Überwachungen durch

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

ausländische Geheimdienste aus und ich stand dazu gerne Rede und Antwort.



Besonders freue ich mich bei solchen Gelegenheiten, wenn wir in einen wirklichen Dialog kommen. Denn die Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger sind mir wichtig. Und eines wurde mir durch diese Gruppe wieder bestätigt, die Jugend ist engagiert und politisch vielseitig interessiert.



#Ideen2025 – Wir schreiben Deutschlands Zukunft

Eines der zentralen Themen auch in dieser Sitzungswoche war die Flüchtlingssituation in Deutschland.



Ob Integration, demografischer Wandel oder Digitalisierung – Deutschland steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Auf dem SPD - Perspektivkongress in Mainz haben wir über Lösungen diskutiert, wie wir diese Umbrüche meistern können. Denn wir stehen für eine Politik, die gerade auch in schwierigen Zeiten rechtzeitig anpackt und die dafür sorgt, dass Deutschland ein offenes, gerechtes und lebenswertes Land bleibt.

Die Weichen für eine gute Zukunft stellen wir heute – und nicht erst morgen oder übermorgen.



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Realismus und Tatkraft statt Angstmacherei

Die Zivilgesellschaft hat in den vergangenen Monaten eine enorme Hilfsbereitschaft gezeigt. Tausende Freiwillige helfen bei der Versorgung der Flüchtlinge. Ihnen gelten unser Dank und unsere Anerkennung, denn ohne ihren unermüdlichen Einsatz könnten wir die gewaltige Aufgabe nicht schultern.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten nun zu Recht, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit beweist. Wir werden diese Woche im Bundestag ein ganzes Paket von Gesetzen beschließen, mit denen wir einen gewaltigen Schritt nach vorn machen: Mit der monatlichen Pauschale des Bundes ab 2016 für die Länder von 670 Euro pro Flüchtling für die Dauer des Asylverfahrens sorgen wir dafür, dass die Kosten zwischen Bund, Länder und Kommunen fair geteilt werden. Wir beschleunigen die Asylverfahren und legen den Grundstein für die rasche Integration der Flüchtlinge.

Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Länder und Kommunen, freiwillige Helfer und Hilfsorganisationen sind an ihrer Belastungsgrenze. Viele Bürgerinnen und Bürger - gerade viele der Helferinnen und Helfer selbst - fragen sich, ob das hohe Tempo, mit dem neue Flüchtlinge ankommen, auf Dauer verkraftbar ist und wir in der

Lage bleiben, sie menschenwürdig unterzubringen und zu integrieren. Diese Sorgen dürfen wir weder ignorieren noch durch hilflose Parolen verstärken. Sondern wir müssen zuhören und Menschen ihre Ängste nehmen. Anderenfalls riskieren wir, dass unsere Gesellschaft ihre Zuversicht verliert und sich über die Flüchtlingspolitik entzweit.

Unser Land darf sich nicht in zwei Lager spalten, die einander sprach- und verständnislos gegenüberstehen. Die wichtigste Aufgabe von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es deshalb, unsere Gesellschaft in dieser schwierigen Situation zusammenzuhalten. Platter Stimmungsmache setzen wir eine ehrliche Debatte entgegen: Eine, die ohne Illusionen die gewaltigen Aufgabe beschreibt, die vor uns liegt und die realistisch bleibt. Denn einfache Lösungen, die von heute auf morgen wirken, gibt es nicht. Wer anderes behauptet, der macht falsche Versprechen.



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Eckpfeiler für Integrationserfolg: Sprache, Werte, Ausbildung und Unterkunft

Wir müssen von Anfang an die richtigen Weichen stellen, damit sich Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben, rasch integrieren. Sprache, Bildung und Ausbildung sowie ausreichend Wohnraum sind hierfür elementare Voraussetzungen. Gleichzeitig müssen wir unmissverständlich die Werte unserer Verfassung vermitteln: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung sind unverrückbares Fundament für ein friedliches Zusammenleben, sie gelten uneingeschränkt für alle in unserem Land.

Wenn wir diese Integrationsleistung schaffen - und das müssen wir - dann wird Deutschland auch von den Chancen profitieren, die der Zuzug mehrheitlich junger Menschen bedeutet. Denn schon heute zeigen sich die negativen Folgen unserer alternden Gesellschaft, der zunehmend die notwendigen Arbeitskräfte fehlen.

Klar ist: Ob Neuankömmlinge oder Alteingesessene – beide Seiten sind gefordert, damit Integration gelingt. Entscheidend ist, dass Konflikte offen angesprochen und im konstruktiven Dialog gelöst werden. Nur auf diese Weise entziehen wir Hetzern und Demagogen den Nährboden. Gleichzeitig müssen wir soziale Verteilungskonflikte verhindern. Flüchtlinge und Einheimische

dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, weder auf dem Wohnungsmarkt noch im Arbeitsleben. Deshalb wird es mit uns auch keine Aufweichung des Mindestlohns geben. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir mehr finanzielle Mittel für den Wohnungsbau und die Kinderbetreuung durchgesetzt haben, von denen alle profitieren.

Beharrlich an europäischen und internationalen Lösungen arbeiten

Viele Flüchtlinge kommen derzeit ohne Registrierung ins Land. Deshalb haben Bund und Länder am 24. September gemeinsam beschlossen, Warte- und Verteilzentren einzurichten, in denen eine erste Aufnahme und Registrierung erfolgt. Das finden wir richtig. Falsch finden wir jedoch Vorschläge, zehntausende Flüchtlinge an den deutschen Grenzen zu inhaftieren. Das ist weder praktikabel noch ethisch verantwortbar.



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Nur miteinander, nicht gegeneinander schaffen wir in Europa eine Rückkehr zu geordneten Asylverfahren. Konkret bedeutet das: Griechenland und Italien brauchen beim Aufbau von Anknüpfungszentren rasch finanzielle und logistische Unterstützung. Denn nur wenn Flüchtlinge bei ihrer Ankunft konsequent registriert werden, ist eine faire Verteilung auf die Mitgliedsstaaten überhaupt möglich. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern müssen wir die EU-Außengrenzen besser sichern und ein europäisches Grenzmanagement schaffen, das perspektivisch auch eine europäische Grenzschutzbehörde umfasst.

Wir müssen dafür sorgen, dass Europa ein sicherer Zufluchtsort bleibt. Aber unsere humanitäre Verantwortung beginnt nicht erst auf europäischem Boden. Deshalb werden wir Jordanien, den Libanon und die Türkei, stärker unterstützen, um auch dort die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu verbessern. Uns ist es gelungen, beim G7-Außenministertreffen in New York eine weitere Aufstockung der internationalen Flüchtlingshilfe um insgesamt 1,8 Milliarden Dollar zu erreichen. Deutschland wird sich an dieser internationalen Initiative mit 100 Mio. Euro beteiligen und hat seine humanitäre Hilfe bereits um 400 Mio. Euro erhöht.

Wir wissen aber auch: Der Kampf gegen die Fluchtursachen in den Heimatländern erfordert einen langen Atem. Das gilt insbesondere auch für den blutigen Bürgerkrieg in Syrien. Dort muss das Töten nach fünf Jahren und 12 Millionen Flüchtlingen endlich ein Ende haben. Die militärischen Attacken Russlands auf gemäßigte syrische Oppositionelle tragen hingegen zur weiteren Eskalation bei. Auch der grausame Terroranschlag in der Türkei macht eine Lösung nicht leichter. Deshalb müssen weiter alle diplomatischen Hebel in Gang gesetzt werden, um eine erfolgreiche Friedensinitiative für Syrien unter der Beteiligung Russlands und der syrischen Nachbarstaaten zu starten.

Länder und Kommunen entlasten, Asylverfahren beschleunigen



Mit dem geplanten Gesetzespaket setzen wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise um. Vorgesehen sind Maßnahmen, die die Asylverfahren weiter beschleunigen, Fehlanreize beseitigen, Länder und

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Kommunen nochmals finanziell entlasten und Asylsuchende, die in Deutschland bleiben, bei der raschen Integration unterstützen. Ab 2016 wird der Bund den Ländern eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens und im Fall der Ablehnung einen Monat darüber hinaus zahlen. Er beteiligt sich mit 350 Mio. Euro zusätzlich an der Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die Dauer der Asylverfahren soll auf durchschnittlich drei Monate verkürzt werden. Für ein Sonderprogramm des Bundesfreiwilligendienstes in der Flüchtlingsarbeit werden 10.000 neue Stellen geschaffen. Um einer angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken, werden u.a. 500 Mio. Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Davon profitieren alle Menschen in Deutschland.

Unserer Fraktion ist es gelungen, wichtige Vorschläge in den Verhandlungen zum Asylpaket einzubringen: So wird die Liste der sicheren Herkunftsstaaten nun alle zwei Jahre überprüft. Auch haben die Länder Spielraum, ob sie Asylbewerber verpflichten, sechs statt bisher drei Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen zu lassen. Das Asylpaket enthält nun zahlreiche Maßnahmen, um Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration besser zu fördern. Darüber

hinaus sind Erleichterungen im Bauplanungsrecht vorgesehen, um Einrichtung und Bau von Flüchtlingsunterkünften zu erleichtern.

Immer mehr Kinder und Jugendliche fliehen allein aus ihren Heimatländern nach Deutschland. Die meisten von ihnen kommen in einigen wenigen Kommunen an. Um die Lasten besser zu verteilen, soll eine bundesweite Aufnahmepflicht der Länder eingeführt werden. Dabei muss eine angemessene Betreuung, Unterkunft und Versorgung der Kinder und Jugendlichen gewährleistet sein. Auch soll klargestellt werden, dass ausländische Kinder und Jugendliche Zugang zu allen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe haben. Außerdem soll das Mindestalter zur Begründung der Handlungsfähigkeit in Asylverfahren von 16 auf 18 Jahre angehoben werden. Damit setzen wir eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um und kommen auch der Verpflichtung aus der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen nach.

Weitere Themen aus dem Plenum

Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhalter sichern

Der Milchsektor nimmt innerhalb der deutschen und europäischen Land- und Ernährungswirtschaft eine herausragende Stellung ein. An der

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Milchproduktion hängen in hohem Maße Wert schöpfung und Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Im Rahmen der 2003 beschlossenen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU wurde der Ausstieg aus der seit 1984 in der EU geregelten Milchquote bis 2015 vereinbart. Zum 1. April 2015 sind die in der EU tätigen Milcherzeuger in den „Markt“ entlassen worden. Die Folgen des Quotenausstiegs intensiv zu beobachten und zu analysieren, ist deshalb unerlässlich. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung u. a. dazu aufgefordert, Forschungs- und Demonstrationsvorhaben zu verstärken, die den Fokus auf die Tiergesundheit, tiergerechte Haltung und angemessene Zuchtziele richten. Darüber hinaus sollen bürokratische Hürden zum Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe abgebaut und investive Mittel zum Erhalt der regionalen Infrastruktur bereitgestellt werden.



Mobilität der betrieblichen Altersvorsorge verbessern

Im letzten Jahr hat das Europäische Parlament die Europäische Mobilitätsrichtlinie verabschiedet. Die Richtlinie soll zu Verbesserungen bei Erwerb und Wahrung von Zusatzrentenansprüchen führen und damit Mobilitätshemmnisse abbauen, die sich aus ungünstigen Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung ergeben könnten. Zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung unter anderem vor, die Unverfallbarkeitsfrist von Betriebsrentenanwartschaften für ausgeschiedene Mitarbeiter von aktuell fünf auf drei Jahre herabzusetzen. Auch wird das Mindestalter für den Erwerb unverfallbarer Ansprüche von derzeit 25 auf zukünftig 21 Jahre gesenkt. Im Falle von dynamischen Zusagen soll zudem die Höhe der unverfallbaren Anwartschaft vom ehemaligen Arbeitgeber dynamisiert werden. Diese Neuerungen sollen nicht allein für Arbeitsplatzwechsel zwischen EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch für innerdeutsche Wechsel gelten.

Effizienzlabel für Heizungsanlagen einführen

Mit der Änderung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes soll das nationale Effizienzlabel für Heizungsanlagen als Sofortmaß-

nahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) umgesetzt werden. Mit der Maßnahme soll ein Beitrag zur Erneuerung des Heizgerätebestandes geleistet werden. So liegt der Anteil der ineffizienten Heizgeräte in Deutschland bei über 70 Prozent. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung soll der Anwendungsbereich des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes über die bisher geregelten neu in Verkehr gebrachten Produkte hinaus auf gebrauchte Heizgeräte erweitert werden. Heizungsinstallateure, Schornsteinfeger, Gebäudeenergieberater des Handwerks und Ausstellungsberechtigte nach § 21 der Energieeinsparverordnung sind künftig zur Vergabe des Etiketts berechtigt. Ab 2017 sollen die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger verpflichtet werden, Etiketten auf den Heizgeräten anzubringen, die noch nicht mit einem Effizienzlabel versehen sind. Bei der Vergabe des Etiketts sollen die Verbraucher eine kostenfreie Erstinformation und ergänzende Informationen über weitergehende Energieberatungsangebote und Investitionszuschüsse erhalten. Aus dem Etikett ergibt sich keine Austauschverpflichtung. Es soll allein dem Eigentümer obliegen zu entscheiden, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen im Anschluss an das Etikettieren getroffen werden sollen.

Maritime Wirtschaft stärken

Die maritime Wirtschaft nimmt eine zentrale Position in der Wahrung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ein. Weltweit werden rund 95 Prozent des interkontinentalen Warenaustauschs und etwa 60 Prozent des deutschen Warenexports über den Seeweg abgewickelt.



Ein Großteil der Zulieferbetriebe ist in Mittel- und Süddeutschland angesiedelt. Deshalb ist es für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes von großer Bedeutung, dass die Lieferketten zwischen Seehäfen und Hinterland ungehindert funktionieren. Gleichzeitig trägt die maritime Wirtschaft direkt mit 30 Mrd. Euro zur deutschen Wirtschaftsleistung bei und sichert über 400.000 Arbeitsplätze in unserem Land. Mit dem gemeinsamen Antrag der Regierungsfraktionen fordern wir die Bundesregierung deshalb zu einem umfassenden Maßnahmenpaket auf, um die maritime Wirtschaft zu stärken: Die

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Wettbewerbsfähigkeit von Schifffahrt und Schiffbau sowie deutscher Seehäfen soll erhalten bleiben, Klima- und Umweltbelastungen beim Seeverkehr reduziert, ein kontinuierlicher Ausbau von Offshore-Windindustrie ermöglicht und die maritime Sicherheit erhöht werden.

Vergaberecht modernisieren

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung soll die öffentliche Auftragsvergabe auf Grundlage des neuen gemeinschaftsweiten EU-Vergaberechts umfassend reformiert, modernisiert, vereinfacht und anwendungsfreundlicher ausgestaltet werden. Öffentliche Auftraggeber und Unternehmen sollen künftig mehr Flexibilität bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten. Um die praktische Anwendung des Gesetzes zu erleichtern, wird der Ablauf des Vergabeverfahrens von der Leistungsbeschreibung über die Prüfung von Ausschlussgründen, Eingangsprüfung, den Zuschlag bis zu den Bedingungen für die Auftragsausführung erstmals fast vollständig im Gesetz vorgezeichnet. Hierdurch sollen die Möglichkeiten des öffentlichen Auftraggebers gestärkt werden, z.B. umweltbezogene, soziale oder innovative Aspekte im Rahmen des Vergabeverfahrens zu berücksichtigen. Gleichzeitig werden kommunale Freiräume, etwa bei der Vergabe an kommunale

Unternehmen oder bei der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen erstmals gesetzlich ausdrücklich geregelt. Dies bietet Kommunen mehr Rechtssicherheit bei der Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge.

Ab sofort bin ich Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bundestages



Gemeinsam mit meinem Kollegen Dirk Wiese im Europa-saal bei der Ausschusssitzung.

Seit dieser Woche bin ich ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag. Ich freue mich auf die neue Aufgabe in diesem wichtigen Ausschuss. Als früherer langjähriger Bezirksleiter bei der IG BCE habe ich im ständigen Kontakt zu den Unternehmen in unserer Region gestanden. Diese gute Zusammenarbeit möchte ich als Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages weiter vertiefen und damit die Wirtschaft in unserer Region erfolgreich voranbringen.

AKTUELLES AUS BERLIN

SPD

ULRICH HAMPEL
NAH DRAN

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Mit großer Freude blicke ich auf die vergangene Berliner-Woche zurück. Denn ich durfte viele junge engagierte Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis kennenlernen und ihre Tatkraft, ob in der Jugendauszubildendenvertretung, bei den Jusos oder vor Ort für Flüchtlinge erleben. Darüber hinaus blicke ich mit Freude auf meine neue Aufgabe im Ausschuss für Wirtschaft und Energie.

Und in der nächsten sitzungsfreien Woche begrüße ich weitere politisch interessierte Menschen aus meinem Wahlkreis hier in Berlin!

Ihnen wünsche ein ich ein schönes, entspanntes und erholsames Wochenende,

Ihr

